Wir werden keine Region aufgeben

Gespräch mit Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer über künftige Aussichten zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung ländlicher Räume und unterschiedliche politische Zuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung

Herr Minister, Verlautbarungen zufolge ist Ihr Ministerium für die ländliche Infrastruktur zuständig, das Agrarressort für den Rest. Welche sachliche Begründung gibt es für diese Differenzierung?

Ramsauer: Mein Ministerium ist nicht nur ein klassisches Infrastrukturministerium. Wir sind für Mobilität, Bauen, Wohnen und die Entwicklung unserer Städte sowie auch der kleinen Gemeinden im ländlichen Raum zuständig. Unsere Arbeit berührt alle 82 Mio. Menschen im Land ganz direkt. Es ist unsere Aufgabe, die Mobilität durch ein modernes, leistungsfähiges Verkehrssystem zu ermöglichen. Und das auch in den ländlichen, dünn besiedelten Regionen. Wir fördern unsere Städte und Gemeinden durch Investitionen in die Infrastruktur, um sie lebenswert und funktionsfähig zu halten. Dies gilt sowohl für die Metropolregionen als auch für die kleineren Orte in den ländlichen Regionen.

Experten sind sich einig, dass integrierte Ansätze in der ländlichen Entwicklungspolitik Erfolg versprechend sind. Erfordert eine ländliche Entwicklungspolitik „aus einem Guss“ nicht die Konzentration für diesen Politikbereich in einem Ressort?

Ramsauer: Viele Themen berühren mehrere Ressorts. Man kann also nicht für jedes gleich ein Ministerium gründen. Die Häuser stimmen sich bei ihrer Arbeit sehr intensiv miteinander ab, auch bei diesem Thema. Wir arbeiten z. B. in der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ sehr eng zusammen.

Wie bewerten Sie die bisherige Arbeit der bereits in der letzten Legislaturperiode eingerichteten Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) „Ländliche Räume“?

Ramsauer: Die Interministerielle Arbeitsgruppe hat bereits wichtige Arbeit geleistet, die fortgesetzt werden muss. Das Handlungskonzept zeigt klar auf, dass die Entwicklung der ländlichen Räume eine ressortübergreifende, integrative Querschnittsaufgabe ist, die viele Lebensbereiche und Politikfelder umfasst.

Ministerin Aigner hat als Konsequenz aus dem IMAG-Handlungskonzept einen Aktionsplan zur Entwicklung ländlicher Räume angekündigt. Was erwarten Sie von einem solchen Aktionsplan?

Ramsauer: Mit dem Aktionsplan geht das Handlungskonzept in die konkrete Umsetzung. Ich erwarte gezielte Maßnahmenbündel, die den ländlichen Raum als eigenständigen Lebensraum stärken, zukunftsfähig machen und seine Attraktivität steigern.

Ihr Ministerium hat ein Programm „Kleine Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ eingerichtet und zunächst mit 18 Mio. € ausgestattet. Warum sind kleine Städte und Gemeinden wichtig für die ländliche Entwicklung?

Ramsauer: Die kleineren Städte und Gemeinden in den ländlichen Räumen sind sehr wichtige Ankerpunkte für die Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region. Sie sichern die Daseinsvorsorge. Besonders diese Gemeinden stehen wegen der demografischen Entwicklungen in Deutschland vor großen Herausforderungen. Die Versorgung der Menschen im Alter muss auch in den ländlichen Regionen sichergestellt werden. Mit dem Programm unterstützen wir sie bei der Bewältigung dieser Aufgaben.

Was sind die Ziele dieses Programms?

Ramsauer: Das Ziel ist eine engere Kooperation der kleineren Gemeinden. Sie werden stärker kooperieren müssen, um die Infrastruktur für die Menschen in der Region vorhalten zu können. Das reicht von der Kläranlage über Schulen und Theater bis hin zu Verkehrsprojekten. Dafür müssen interkommunale integrierte Entwicklungskonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Dabei helfen wir. Das Programm ist 2010 mit 18 Mio. € gestartet. Nächstes Jahr werden wir die Mittel auf rund 35 Mio. € nahezu verdoppeln.

Dr. Peter Ramsauer ist seit gut einem Jahr Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Der 56-jährige CSU-Politiker gehört seit 1990 dem Bundestag an. Dort vertritt er als direkt gewählter Kandidat den oberbayerischen Wahlkreis Traunstein.

Von 2005 bis 2009 war Ramsauer Vorsitzender der CSU-Landesgruppe. Zuvor war er acht Jahre Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion.

Der Minister hat in den 70er Jahren in München Betriebswirtschaft studiert und später promoviert. Parallel dazu absolvierte er eine Müllerlehre. Seit 1980 ist er Müllermeister. Ramsauer ist verheiratet und hat vier Töchter.

Wie ist der derzeitige Stand der Umsetzung?

Ramsauer: Das Programm steht noch am Anfang. Es zeigt sich aber schon jetzt, dass es den richtigen Nerv getroffen hat. Die Länder haben eine Vielzahl an Förderanträgen aus ihren Kommunen erhalten.

Welche Perspektiven sehen Sie für diese neue Maßnahme?

Ramsauer: Immer mehr ländliche Regionen werden in den nächsten Jahren die Konsequenzen des demografischen Wandels spüren. Deshalb bauen wir das Förderprogramm in den nächsten Jahren weiter aus.

Der demografische Wandel stellt eine der größten Herausforderungen insbesondere für dünnbesiedelte und periphere ländliche Räume in Ostdeutschland dar, aber auch in Teilen Westdeutschlands. Welche Aufgaben sehen Sie für die Politik – vorrangig eine Beeinflussung des demografischen Wandels oder eine Anpassung an dessen Folgen?

Ramsauer: Wir erleben jetzt die Auswirkungen von gesellschaftlichen Veränderungen, die vor 30 Jahren und mehr begonnen haben. Das lässt sich nicht zurückdrehen. Wir haben die Chance und Aufgabe, diese Veränderungen aktiv zu gestalten. Wir müssen unsere Städte den veränderten Bedürfnissen von Familien und älteren Menschen anpassen. Jede Region hat ihre Besonderheiten, besondere Stärken und vielleicht auch Schwächen. Deshalb benötigt jede ihre eigene Entwicklungsstrategie. Und dabei unterstützen wir die Gemeinden.

Als eine Konsequenz des demografischen Wandels könnte die Disparität zwischen ländlichen Regionen weiter zunehmen. Teilen Sie diese Einschätzung?

Ramsauer: Der demografische Wandel findet im ganzen Land, in ganz Europa statt – auf dem Land und in der Stadt. Aber die Entwicklungen sind in der Tat räumlich sehr unterschiedlich. Wachsende und schrumpfende Regionen liegen in Deutschland oft sehr eng beieinander. Am stärksten werden jene Re-

gionen zu kämpfen haben, die schon jetzt Strukturschwächen haben. Wichtig ist: Wir unterstützen unabhängig von Lage und Himmelsrichtung nach Bedarf.

Was bedeutet das für Regionen, die weiter zurückfallen werden? Kann die Politik diese Entwicklung abbremsen oder gar umkehren?

Ramsauer: Die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Spirale aus sinkender Attraktivität, Abwanderung und nachlassender Auslastung von Infrastruktur, die dann nicht mehr erhalten werden kann, ist sehr real. Wir setzen deshalb früh an, um negative Entwicklungen gar nicht erst in Gang kommen zu lassen. In Deutschland gilt das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir geben keine Region auf. Wir werden auch weiterhin in solche Gebiete investieren, die vom demografischen Wandel betroffen sind und vielleicht aktuell eine weniger günstige Prognose haben.

Verfügen wir über ausreichende und geeignete politische Instrumente, um angemessen auf den demografischen Wandel zu reagieren?

Ramsauer: Wir haben sowohl die Instrumente als auch viele gute Beispiele. Deutschland hat in seiner Geschichte schon ganz andere demografische Umbrüche überstanden. Wichtig ist, dass wir die Anpassungsprozesse mit einem offenen Dialog und einer intensiven Bürgerbeteiligung begleiten, dass die Leute vor Ort mitgenommen werden.

Ist das Postulat der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ angesichts der sich abzeichnenden Veränderungen noch zeitgemäß und auf längere Sicht aufrechtzuerhalten?

Ramsauer: Gleichwertige Lebensverhältnisse sind und bleiben unser Ziel. Aber Gleichwertigkeit bedeutet natürlich nicht Gleichheit. Es geht darum, den Menschen überall im Land eine angemessene Grundversorgung zu bieten.

Was sind aus Ihrer Sicht die Erfolgskriterien für ländliche Räume, warum entwickeln sich Regionen trotz vergleichbarer Ausgangsbedingungen unterschiedlich?

Ramsauer: Ländliche Räume sind dann erfolgreich, wenn es ihnen gelingt, eine regionale Wirtschaft aufzubauen und die regionalen Stärken hervorzuheben und zu verbinden. Die vor Ort ansässigen Betriebe und Unternehmen müssen eingebunden werden in ein größeres Netzwerk. Eine aktive Bürgergesellschaft ist ein weiterer sehr wichtiger Punkt. Eine Region ist dann erfolgreich, wenn sich die Menschen vor Ort für regionale Belange, für ihre Lebensqualität engagieren.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die ländliche Entwicklungspolitik?

Ramsauer: Die ländlichen Regionen müssen zunehmend Kompetenz entwickeln, die vielfältigen Fördermöglichkeiten, auch durch die Europäische Union, zu nutzen. Sie müssen alternative Finanzierungssysteme wie die schon erfolgreich in Modellvorhaben erprobten Regionalbudgets und Regionalfonds einsetzen. Und zunehmend werden interkommunale Kooperationen und integrierte regionale Entwicklungskonzepte als verbindliches Förderkriterium vorausgesetzt werden.

Welche Förderinstrumente sind nach Ihrer Auffassung künftig am ehesten geeignet, auf die anstehenden Herausforderungen zu reagieren?

Ramsauer: Wir müssen unsere Förderinstrumente besser aufeinander abstimmen und problemorientierter einsetzen.

Die Reduzierung des Flächenverbrauchs ist ein wichtiges Ziel in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

Ramsauer: Wir wollen erreichen, dass mehr Brachflächen und Baulücken genutzt werden, anstatt bislang unbebaute Flächen zu bebauen. Deshalb fördern wir mit unseren Städtebauförderprogrammen gezielt die Innenentwicklung. Auch die Bauleitplanung ist auf dieses Ziel hin ausgerichtet worden. Die Kommunen müssen das vorhandene Instrumentarium aber auch konsequent anwenden, sie dürfen sich nicht von Investoren gegeneinander ausspielen lassen – auch dabei helfen interkommunale Kooperationen.

Wie wollen Sie insbesondere den Verbrauch an landwirtschaftlicher Fläche für Ausgleichsmaßnahmen reduzieren?

Ramsauer: Das neue Bundesnaturschutzgesetz eröffnet den Ländern und Regionen eine Reihe von Möglichkeiten, um einen guten Ausgleich zwischen Ausgleichsmaßnahmen und dem Erhalt landwirtschaftlicher Flächen zu schaffen.

■ Rainer Münch